

Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“

Productive „Parallel Societies“. Migration and Order in the (neoliberal) „City of Diversity“

Mathias Rodatz

Abstract:

Urban administrations in Germany have been governing districts as “concentrations of foreigners”, problematizing them as signs of disintegration and urban decay and introducing policies aiming at their dissolution. Recently, however, programs of city development and migration policy are suggesting that German cities should give up their policies of desegregation and start to view migrant districts as productive sites of “diversity” featuring resources for the “local economy” and “civil society”. The paper argues that the effects of this shift in policies may be twofold: on the one hand, neoliberal forms of governance result in the delegitimization of national-social (i.e. ethno-centric) conceptions of urban order and thereby of a systematic notion of urban state-racism in Germany. On the other hand the details of the new strategies show how the conceptions of “ethnicity”, migrant “networks” or “economies” are to be managed as orders of resources and risks. Under these conditions of neoliberalization, “diversity” may spell out an uncertainty of urban belonging for specific categories of “migrant communities”, whose otherness must continuously be proven not to be a risk to the neighborhood, but a means of productivity.

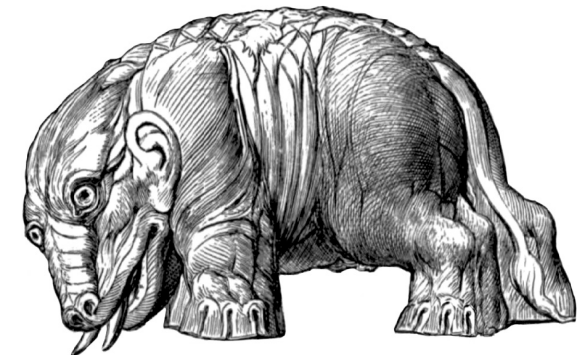
Keywords, dt.: Migration, Neoliberalismus, Rassismus, Stadtplanung, Urban Governance

Keywords, engl.: migration, neoliberalism, racism, urban planning, urban governance

Mathias Rodatz is a political scientist teaching and researching at the Department of Human Geography at Goethe-University Frankfurt a.M. His research interest in political theory and empirical studies is focused around the central issues of stateness and governance and includes fields such as migration, racism, and neo-nazism.

E-Mail: rodatz@em.uni-frankfurt.de

Unangemeldet | 85.178.18.244
Heruntergeladen am | 25.10.13 12:26



Entgegen dem Eindruck, den die anhaltenden öffentlichen Debatten über die mangelnde „Integrationsbereitschaft“ gefährlicher oder unnützer „Araber“ und „Kopftuchmädchen“ und die Reden über ihre „Abschottung“ in womöglich „islamistische“ oder anderweitig gefährliche „Parallelgesellschaften“ hinterlassen, zeichnen sich aktuelle stadtpolitische Expert_innendiskurse durch neue, bemerkenswert unaufgeregte Perspektiven auf den transnationalen Alltag deutscher Großstädte aus. Besonders deutlich wird das anhand der raumordnungspolitischen Dimension der neueren Konzepte, die veränderte Empfehlungen für den stadtpolitischen Umgang mit migrantischen Vierteln und deren Bedeutung für die Regierung von Migration und Differenz in der Stadt beinhalten. Die Grundausrichtung der deutschen Politik und entsprechende Expert_innendiskurse der deutschen „Ausländerforschung“ deckten sich lange Zeit praktisch widerspruchsfrei hinsichtlich der grundsätzlichen Ablehnung von migrantisch geprägten Vierteln und des Ziels ihrer Auflösung (Desegregation). Ein neuerer programmatischer Diskurs richtet den Fokus dagegen auf lokale Ordnungspotentiale von Segregationsprozessen. „Integration trotz Segregation“ – oder zugespitzt: Integration durch Segregation – diese Perspektive als programmatisches Konzept städtischer Integrationspolitik lässt sich als Kern eines grundsätzlichen Paradigmenwechsels von einer defizitorientierten Integrationspolitik hin zu einer potentialorientierten, migrationsbezogenen Stadtpolitik verstehen. Sie verkörpert einen Wandel städtischer Politiken, dessen Annahmen und Ordnungsvorstellungen über Ethnizität, soziale Netzwerke, lokale ökonomische Strukturen oder kulturelle Praktiken grundlegend von den zuvor prägenden Expert_innendiskursen zum „Gegensatzpaar“ Segregation/Integration abweichen – und, so die hier vertretene These, eine für die Bundesrepublik neue Programmatik hervorbringen, die Migration nicht nur als grundsätzliches Potential der Städte entdeckt, sondern migrantische Viertel als Räume für deren Entfaltung konzipiert.

Im Folgenden[1] wird herausgearbeitet, inwiefern sich im Zuge dieses Paradigmenwechsels ein neues Verhältnis von Staatlichkeit, Migration[2] und Ordnung in der Stadt beschreiben lässt. Anhand von raumordnungspolitischen Konzepten, die für die jeweilige Programmatik städtischer Migrationspolitik vor und nach dem Paradigmenwechsel als exemplarisch zu verstehen sind, arbeitet der Beitrag das je spezifische Verhältnis programmanalytisch auf. Dabei werden zentrale Problematisierungen und Interventionsformen jeweils kurz anhand von Primärmaterial charakterisiert und im Rückgriff auf ihren jeweiligen stadtpolitischen und historischen Kontext zu Programmatiken verdichtet: Die „europäische Stadt“ in Verteidigung der Gesellschaft einerseits, Produktive

[1] Für die Diskussion des Manuskripts möchte ich Elena Buck, Iris Dzudzek, Serhat Karakayali, Marcel Raabe, Vincent Schmiedt, dem/der Gutachter_in sowie den Herausgeber_innen und der Redaktion des Behemoth danken.

[2] Der Begriff der „Migration“ hat in den meisten Kontexten jenen der „Ausländer“ abgelöst und dient so auch in den meisten Programmen nach wie vor dazu, zwischen im Sinne des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts „ethnisch deutschen“ Menschen und anderen zu unterscheiden. Mit seiner Hilfe werden Menschen kategorisiert und zu steuern versucht, deren rechtlicher Status, deren Biographien und Identitäten völlig unterschiedlich sein können und die sich selbstverständlich nicht notwendigerweise selbst als (Post-) Migrantische identifizieren. Wenn der Begriff im vorliegenden Text also prominent zum Einsatz kommt, dann in erster Linie, um diese (sich wandelnde) Funktion als diskriminierendes Konzept des Regierens zu erfassen. Er wird aber auch aufgrund seiner Ambivalenz gewählt: denn er verweist immer schon auf die Herausforderung, die die Bewegung der Migration und der transnationale Alltag gegenüber dem tradierten Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft als ethnisches Staatsvolk darstellt.

„Parallelgesellschaften“ in der „Stadt der Vielfalt“ andererseits. Die Begriffskombination *produktive „Parallelgesellschaften“* verweist auf den Kern der im Folgenden entwickelten Argumentation: Während im Leitbild der „europäischen Stadt“ „Ausländerkonzentrationen“ als urbanes Problem des „national-sozialen Staates“ (Balibar 2001, 9) gesehen werden mussten und die Verwaltung nur auf ihre Auflösung setzen konnte, erscheinen sie in der „Stadt der Vielfalt“ als „Migrantenökonomien“ – als produktive „Parallelgesellschaften“. Auf der Suche nach Potentialen wird in der neueren Programmatik das (transnationale) Leben in der Stadt als Ressource des Regierens konzipiert und mithin erscheinen subnationale Formen der Vergemeinschaftung nicht mehr notwendig als Gefahr für die „nationale“ Gesellschaft.

Während die migrationsspezifischen Implikationen des Leitbilds der „europäischen Stadt“ im Folgenden anhand von Sekundärliteratur und im Rückgriff auf spezifische Regulationen und Expertisen kontrastierend vorgestellt werden, gilt es die Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ im weiteren Verlauf als analytische Synthese einer veränderten Rationalität des Regierens von Migration in der Stadt auf Grundlage von spezifischen Handlungsempfehlungen, Expertisen und Sekundärtexten zu (re-)konstruieren (vgl. unten: S. 82, Fn. 12). Diese Perspektive auf den städtischen Umgang mit migrantischen Vierteln basiert auf dem in Anschluss an die Arbeiten Michel Foucaults entwickelten analytischen Konzept politischer „Programmierungen“ (vgl. bspw. Kessl/Krasmann 2005). Unter der Bedingung moderner Staatlichkeit bedeutet zu regieren zunächst immer zu wissen: jeder Gegenstandsbereich, in den es zu intervenieren gilt, muss zunächst durch administratives Vermessen und Expert_innenwissen konstituiert werden, keine Intervention lässt sich legitimieren, ohne Thesen über die Ursachen und Zusammenhänge der zu steuernden Kräfte vorgelegt und authentifiziert zu haben. Programmanalysen untersuchen dieses Wissen und (re-)konstruieren die Regeln, die dieses Wissen entsprechend einer politischen Rationalität konstituieren. Dabei fokussiert die Analyse insbesondere die Effekte der jeweiligen Programmatik. Denn wenn Programme ein Realitätsfeld beschreiben, ordnen sie es zugleich auf eine bestimmte Weise an:

„Indem sie Problemfeststellungen, Ziele und Strategien der Bearbeitung ins Verhältnis zueinander setzen, artikulieren sie Denkweisen und etablieren bestimmte Ordnungsvorstellungen. Sie formen die Realität in dieser Rationalität. Dies geschieht nicht nur

auf dem Papier, vielmehr können Programme sich in Praktiken einschreiben, und das ist es, was ihre Realitätsmächtigkeit ausmacht“ (ebd., 231).

In diesem Sinne gilt es hier zu klären, inwiefern sich die Art und Weise, wie in aktuellen programmatischen Diskursen über das Verhältnis von Migration und Ordnung in der Stadt nachgedacht wird, von der für die Bundesrepublik zuvor unumstrittenen programmatischen Logik dieses Verhältnisses unterscheidet.

Die „europäische Stadt“ in Verteidigung der Gesellschaft

Ab den 1970er Jahren wurden die Folgen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in Politik und Öffentlichkeit zunehmend als Problem diskutiert. Der politische Diskurs war durch Begriffe wie „Überfremdung“, „Überschwemmung“ oder die „Fluten“ und „Ströme“ der Migration charakterisiert (Ha 2003, 86), die verdeutlichen, dass sich die Problematisierung nicht in der Markierung der „Fremden“ erschöpfte, sondern ein pathologisierender Zusammenhang zwischen „Ausländern“ und „deutscher“ Gesellschaft hergestellt wurde – häufig am Beispiel städtischer Räume:

„Der Andrang vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelte. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem“ (Der Spiegel [1973], zit. nach Ha 2003, 87).

Solche problematischen Räume erscheinen als äußerst sichtbare Zeichen „in unseren Städten“ (DST 1981) auf dem politischen Tableau der Bundesrepublik, als Sichtbarkeit und Ort des „Ausländerproblems“. In dieser Problematisierung wird es zu einer räumlichen Manifestation, das „innere Ausland“ (Ha 2003, 62) bekommt einen Ort, von dem „wir“ notfalls fliehen müssen: „Die Türken kommen – rette sich wer kann“ (Der Spiegel 1973):

„Die Kneipe am Kottbusser Tor war mal echt Kreuzberg. Ecklage, Berliner Kindl, Bulletin, Sparverein im Hinterzimmer. Heute rotiert am Buffet der Hammelspieß senkrecht, der Kaffee ist süß und dickflüssig, aus der Musikbox leiert orientalischer Sing-

sang. ‚Hisar‘ heißt die Ecke jetzt auf Türkisch – das bedeutet ‚Festung‘, und so abwegig scheint der Name nicht. Unter Einschußlöchern an der Decke wacht, wieder mal, ein neuer Wirt“ (ebd., 24).

Auf dem Spiel steht hier nicht nur die Besetzung „unseres“ Raumes, vielmehr wird ein pathologischer Raum inszeniert. Die „Ausländerkonzentration“ erscheint als undeutsche „Festung“, in der die Ordnung, die Zivilisation nicht mehr gilt: Bedrohung, Kriminalität, Unsicherheit. Die Metamorphose von „echt Kreuzberg“ wird dementsprechend nicht nur aus Sentimentalität beklagt, sondern weil mit jeder „Ausländerkonzentration“ die Kontrolle über einen Teil der „deutschen“ Stadt verloren geht (vgl. Pagenstecher 1994, 46). Bei entsprechenden Problematisierungen handelt es sich nicht um überzogene mediale Reproduktionen – schon der Spiegelartikel unterstreicht, dass „Soziologen“ den städtischen Verfall prognostizieren. Und in der wissenschaftlichen Diskussion adäquater politischer Reaktionen werden die Probleme, die „mit der massenhaften Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte verbunden“ seien, gebündelt präsentiert: „Wohnungsmangel, Infrastrukturdefizite, Originalitätsverluste, Integrationsprobleme, Überfremdungsangst und Umweltschäden“ würden demnach „mit den rasch ansteigenden Ausländerzahlen in Zusammenhang gebracht“ (Ganser 1974, 33). Insofern es sich bei der Problematisierung von migrantischen Vierteln also um eine Angst vor dem „Ghetto“ und nicht um eine Kritik diskriminierender Strukturen bspw. auf dem Wohnungsmarkt handelt, erklärt sie sich ausschließlich aus der programmatischen Imagination migrantischer Viertel als sich im Stadtraum materialisierender „Fremdkörper“. Nicht zuletzt, weil es in der Bundesrepublik zumindest im ernstzunehmenden wissenschaftlichen Feld nie Belege tatsächlicher dramatischer Segregation gab, [3] musste zur Legitimation der politischen Maßnahmen immer das „amerikanische Schwarzenghetto“ als zynisch-dystopische (und implizit rassistisch-abwertende) Warnung vor einer Zukunft, die bei politischer Ignoranz vielleicht auch einmal der Bundesrepublik drohen könnte, herhalten (so z.B. im oben zitierten Spiegelartikel und noch bei Häußermann/Siebel 2001; vgl. Ronneberger/Tsianos 2008, 143).

Die mit solchen Diskursen legitimierte „regionalisierte Ausländerpolitik“ setzte auf Beschränkung oder Rückbau der Ausländerkonzentrationen. Durch „Anhebung der Anwerbegebühren“ sowie die „Erhebung einer Infrastrukturabgabe von den Unternehmen pro beschäftigte ausländische Arbeitskraft“ sollten die Kosten der Arbeitskraft verteuert werden und somit auch ein Fernbleiben

[3] Dabei ist zu unterstreichen, dass die bundesdeutsche Angst vor dem „Ghetto“ nie eine empirische Grundlage hatte. Weder der bundesdeutschen Migrationsforschung, die bis weit in die 1980er Jahre hinein als „Ausländerforschung“ weitestgehend in einem direkten Dienstleistungsverhältnis zur staatlichen „Ausländerpolitik“ stand, noch der Segregationsforschung ist es gelungen, Viertel zu identifizieren, die mit den Standards der internationalen Forschung als problematisch segregiert gelten würden (Dangschat 2007, Yildiz 2008). Eine ähnliche Einschränkung ist im Übrigen auch gegenüber der des Nationalismus unverdächtigen Problematisierung einer zugespitzten sozialräumlichen Polarisierung in Folge neoliberaler Restrukturierungen zu machen – auch wenn bspw. Wacquant etwas anderes behauptet, gibt es in der Bundesrepublik schlicht keine „Hyperghettos“ (Wacquant 2007, 403). Hier beschränkt sich der Diskurs seit jeher auf das, was Wacquant die Stigmatisierung von „oben“, also aus „den journalistischen, politischen und bürokratischen (sogar wissenschaftlichen) Feldern“ nennt (ebd., 399).

des „Ausländers“ aus dem entsprechenden „überlasteten Siedlungsgebiet“ erreicht werden (Ganser 1974, 36). Alternativ zu dieser Erhöhung des „Marktpreises“ für die „ausländische Arbeitskraft“ wurde die Plafonierung der „Ausländerzahlen“ – also das Setzen einer Obergrenze – als politisches Instrument diskutiert und schließlich eingeführt. Dabei versprach das Ausländergesetz Abhilfe als „hochwirksames Instrument zur Steuerung der Wachstumsprobleme in den expandierenden Verdichtungsräumen“ (ebd., 34). Nachdem eine Reihe von westdeutschen Städten dem Beispiel von Berlin gefolgt waren und eigenständig sogenannte kleine bzw. große Zuzugssperren für einzelne Bezirke oder das gesamte Stadtgebiet eingeführt hatten (vgl. Franz 1976), regelten ab 1975 die „Leitlinien zur Ausländerbeschäftigung“ als Bund-Länder-Vereinbarung die Details einer „Regulierung des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer in überlastete Siedlungsgebiete“ (MBL./NRW 1975, 1179; vgl. Münch 2010, 279ff.).

Die „kleine Zuzugssperre“ leitete den Handlungsbedarf bzw. die Annahme einer sozialen und infrastrukturellen Überlastung der Gebiete abstrakt aus einem Abgleich zwischen lokalen und nationalen „Ausländerquoten“ ab und mobilisierte für die auszusprechende Einschränkung der freien Wohnortwahl das Ausländerrecht.[4] Das 1965 in Kraft getretene Ausländergesetz band die Frage des Aufenthalts von „Ausländern“ ganz grundsätzlich an die „Belange der Bundesrepublik“ (AuslG 1965, §2[1]), wie auch in der amtlichen Begründung des Gesetzes ausgeführt wird:

„Fremde Staatsangehörige und Staatenlose stehen zu dem Aufenthaltsstaat nicht in einem Treue- und Rechtsverhältnis mit eigenen Rechten und Pflichten. Ihnen gegenüber handelt der Staat nach Zweckmäßigkeitserwägungen, die nach politischen Zielen ausgerichtet sind“ (zit. nach Dohse 1981, 238).

Die Tatsache, dass Migrant_innen in der als „Abstammungsgemeinschaft“ regulierten deutschen Gesellschaft[5] grundsätzlich nicht eingebürgert wurden, erlaubte es also, die pathologisierende Gleichsetzung ihrer Anwohnerschaft mit einer „Überlastung“ der lokalstaatlichen Infrastruktur an eine objektivierende Lösung zu koppeln, die einer Aussetzung der sozialen Rechte der Migrant_innen gleichkam und insofern die zentrale Funktion des Ausländerrechts als „Abwehrrecht von Rechtsstaatlichkeit“ gegenüber der „ausländischen Ersatzbevölkerung“ (Dohse 1981, 233ff.) auch in der Stadt voll zur Geltung brachte.[6] Es ging im Hinblick auf die „Ausländerkonzentrationen“ nicht um die Herstellung eines räumlichen und sozialen Ausgleichs für die dort wohnenden Migrant_in-

[4] Demnach wurden „Muß-“ und „Kann-Zonen“ für die Regulierung des Zuzugs in solche Gebiete eingeführt. Als „Muß-Zonen“ galten Kreise und kreisfreie Städte, in denen der „Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung [...] 12% (= ca. 100% über dem Bundesdurchschnitt) und mehr erreicht hat“. Sie wurden „automatisch zum überlasteten Siedlungsgebiet“ erklärt. Bei „Kann-Zonen“ wurde die Möglichkeit zu einer solchen Sperrung dagegen dann „den zuständigen Behörden auf Landesebene, u.U. im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen“ übertragen, wenn die „Ausländerquote“ zwar unterhalb der lokalen 12%-Marke lag, gleichzeitig aber über dem Bundesdurchschnitt angesiedelt war (MBL./NRW 1975, 1179).

[5] Während die Einbürgerung von sogenannten „Statusdeutschen“ – also Migrant_innen, die ihre ethnisch-kulturelle „Volkszugehörigkeit“ nachweisen können (BVFG 2007, §6[1]) bis heute geradezu voraussetzungslos ist, war die Einbürgerung von anderen Migrant_innen erst mit den Reformen des Ausländer- und Zuwanderungsrechts (zwischen 1990 und 2005) vorgesehen und somit waren Generationen von im Land lebenden Menschen dauerhaft von der politischen Teilhabe ausgeschlossen (Hailbronner et al. 2005, 27–32 u. 864).

[6] Zwar stellte das Gesetz „aufenthaltsberechtigte Ausländer“ deutschen Staatsbürger_innen in vielen Punkten gleich, allerdings konnten diese Rechte durch Verwaltungsmaßnahmen im Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisverfahren oder durch Entzug der Rechtsgrundlage des Inlandsaufenthaltes wieder genommen werden, wobei das Primat der politischen „Zweckmäßigkeitserwägung“ durch einen gesetzlich fixierten breiten Ermessensspielraum der Verwaltung abgesichert wurde (Dohse 1981, 301f.).

nen, sondern um die gleichmäßige Verteilung des „Ausländerproblems“ in der Stadt. Diese „Sozialpolitik“ und ihre Orientierung an den „raumordnungspolitischen Zielen unserer Gesellschaft“ (Selke 1974, 39) machte Migrant_innen pauschal zum Objekt einer Regierung der Stadt zum Schutz der „deutschen“ Bevölkerung.

In dieser ausländerrechtlichen Objektivierung zeigt sich jene „banale Kehrseite des Rechts“ der Gesellschaft im modernen Nationalstaat, mit der im Namen der biopolitischen Macht „leben zu machen“, das politische oder soziale Recht für jene, die als eine „Art biologische Gefahr“ für den Gesellschaftskörper erscheinen, auszusetzen ist (Foucault 1983, 133–134). Diese Objektivierung ist intrinsisch mit der Vorstellung der Gesellschaft im Nationalstaat verbunden. Denn in „Verteidigung der Gesellschaft“ gegen „jene, die von dieser Norm abweichen“, entsteht ein Staatsrassismus als Mechanismus permanenter Reinigung der Gesellschaft, als eine „der grundlegenden Dimensionen der gesellschaftlichen Normalisierung“ (Foucault 2001, 81). Deutlich wird hier, dass das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik als Abstammungs- und Kulturnation und die rechtliche Form dieses sehr spezifischen „national-sozialen Staats“ (Balibar 2001, 9) auch der deutschen Stadtpolitik seine Form gegeben hat – im Namen der sozialen „europäischen Stadt“ geht es in dieser Form um die urbane Verteidigung der nationalen Gesellschaft vor dem Fremden. Der entsprechende Kern der Stadtplanung im Nationalstaat ist von Baumann trefflich zugespitzt als der unbeirrbarer Versuch der „Ausmerzungen all dessen [...] was es an Fremdem bei den Fremden gab, und, wenn es sein musste, der Fremden selbst“ (Bauman 1997, 209) beschrieben worden.

Auch jenseits des drastischen Mittels der Zuzugssperren war die raumordnungspolitische und sozialraumbezogene Dimension städtischer Integrationspolitiken lange Zeit unumstößlich von der Angst vor dem Ghetto und der damit verbundenen Annahme einer negativen Kopplung von Segregation und Integration geprägt. Das mit dieser Perspektive verbundene Leitbild einer gleichmäßigen Verteilung von Migrant_innen im Stadtgebiet wird insbesondere aus dem Grundsatz der „Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ abgeleitet (BauGB §1[5], WoFG §6[3]). Die dabei zugrundeliegende Vorstellung einer notwendigen Kopplung von Sozialpolitik und Raumordnungspolitik geht zurück auf das Postulat der „gleichwertigen Lebensbedingungen“, dessen Ursprünge schon die Raumplanung der 1920er Jahre entwickelt hatte und das sich in den 30er Jahren als Teil der Volksgemeinschaftsideologie zur raumordnungspolitischen Leitvorstellung verdichtete. Mit Gründung der Bundesrepublik wurden die biologistischen Argumentationsformen zwar weitestge-

hend soziologisiert, Kernziele und Funktion blieben aber erhalten (Ronneberger/Tsianos 2008, 138). Die daraus hervorgegangenen Grundprinzipien des westdeutschen Sozialstaats – die „Figur der nationalen Solidargemeinschaft, das Gebot des ‚sozialen Friedens‘ und die staatliche Verpflichtung zu einem räumlichen und sozialen Ausgleich“ (ebd.) – verdichteten sich für die Stadtplanung zum Leitbild der „europäischen Stadt“ als „durchmischte Stadt“. Mit diesem Leitbild war durchgängig nicht nur eine sozialpolitisch einseitige Problematisierung der Viertel der Armen (und eben nie der Viertel der Reichen als ausschließende Stadtteile) verbunden, sondern immer auch eine rassistische Wendung des Ziels eines räumlichen und sozialen Ausgleichs, indem davon die gleichmäßige Verteilung der ausländischen Bevölkerung im Stadtgebiet abgeleitet wurde (ebd., vgl. Karakayali 2008, 158ff.; Münch 2010, 296).

Obgleich Zuzugssperren als konkretes Mittel in der Praxis umstritten waren und zuletzt in Berlin Ende der 1980er Jahre auch offiziell aufgehoben wurden (Münch 2010, 336ff.), werden sie auch in aktuellen Debatten immer wieder referenziert (bspw. Rennefanz 2009). Vor allem aber bestehen die sie legitimierenden Diskurse und die damit verbundenen Vorgaben für Interventionen im Namen einer gleichmäßigen sozialen und ethnischen Verteilung der Bevölkerung in der Stadt bis heute fort (Münch/Kirchhoff 2009; Ronneberger/Tsianos 2008, 144). Die Frage der Segregation ist in den letzten Jahrzehnten noch einmal intensiviert in den Fokus der migrationspolitischen Diskussion getreten. Dabei führt die Diagnose einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung der Städte in Kombination mit Konzepten wie „Parallelgesellschaften“^[7] und den damit korrespondierenden neorassistischen Zuschreibungen defizitärer, gefährlicher oder fauler „Einwandererkulturen“^[8] zu teilweise popkulturell anmutenden Zerrbildern städtischer Räume, die „nicht mehr zu kontrollieren, nicht mehr zu regieren“ seien (Brinkbäumer et al. 2006, 23). Der transnationale Alltag deutscher Städte gerät dabei zur Imaginationsfläche eines zivilisatorischen Kampfes gegen „Archaismus, Patriarchat, [...] alte Bräuche, Aberglauben und Ignoranz“ – „die ethnisch geprägten Parallelgesellschaften in Stadtteilen wie Neukölln-Nord, Kreuzberg oder Wedding“ bergen nach dieser Diagnose nach wie vor „Sprengstoff für die gesamte Gesellschaft“ (Fahrn 2006).

Neben althergebrachten und im Kern mit den Zuzugssperren gleichzusetzenden Mitteln wie der Quotierung von Sozialwohnraum nach ethnischer Zugehörigkeit^[9] werden seit Anfang der 1990er Jahre aber auch veränderte Interventionsformen im Anschluss an diese Problematisierungen in Stellung gebracht. Dabei lässt sich für die migrationspolitischen Politiken in den Städten grund-

^[7] Exemplarisch stehen für diese Begriffsgenese Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer, in denen die Herausbildungen von „Parallelgesellschaften“ mit Prozessen der „Desintegration“ gleichgesetzt und migrantische Viertel als „ethnisch-sozialräumliche Schraubstöcke“ beschrieben wurden (Ronneberger/Tsianos 2008, 146).

^[8] Wie auch der Kern der „Debatten“, die Thilo Sarrazin in den letzten Jahren angestoßen hat, zeigt, ist die neue Popularität urbaner Untergangsszenarien eng mit dem wachsenden antimuslimischen Rassismus verbunden (bspw. Shooman 2011).

^[9] Bester Beleg für das Fortbestehen solcher Mittel ist die Ausnahmeklausel, die bei der Einführung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes auf Druck der Wohnungswirtschaft erlassen wurde. Die Klausel erlaubt die Diskriminierung nach ethnischer/nationaler Zugehörigkeit explizit im Namen einer sozial ausgeglichenen Belegung von Wohnhäusern im Sinne der „europäischen Stadt“ (Münch 2009, 325).

sätzlich argumentieren, dass neoliberale und neokommunitaristische Strategien der Aktivierung und Responsibilisierung direkt an ethnisierende und rassistisch konnotierte Problematisierungen „überforderter Nachbarschaften“ und „benachteiligter Stadtteile“ anschließen. Dabei stehen Strategien im Mittelpunkt, die mit den gängigen Modellen sozialraumorientierter Interventionsformen neoliberaler Stadtpolitiken im Einklang stehen. Die „Aktivierung“ der Anwohner_innen zur ökonomischen und sozialen „Selbst-Eingliederung“ und der Appell an ihre „Eigenverantwortlichkeit“ für die Gestaltung ihrer Nachbarschaft und ihrer Aufstiegschancen entfaltet dabei eine Handlungslogik, mit der das möglichst kostengünstige Auffangen der Folgen eines neoliberalen Rückbaus staatlicher Ausgleichsmaßnahmen gewährleistet werden soll (Eick 2005, 179). Auf der einen Seite wird dabei also ein neoliberales Aktivierungsmodell mobilisiert, dessen „untere Grenze die soziale Eliminierung der ‚Unfähigen‘ und ‚Unnützen‘ darstellt“ (Balibar 2007 zit. n. Ronneberger/Tsianos 2008, 148). Auf der anderen Seite wird der Einsatz dieses Modells mit einer impliziten Erklärung der Problemlage mit der ethnischen Zusammensetzung der Nachbarschaften legitimiert (ebd., 146). In diesen Fällen steht der städtische Umgang mit migrantischen Vierteln auch aktuell (d.h. nach der selektiven Öffnung des „Nicht-Einwanderungslandes“ und trotz einer neuen politischen Aufmerksamkeit für die Ressourcen der „Vielfalt“) nach wie vor im „langen Schatten der Kulturnation“ – jedenfalls wenn man vom „Mythos Kreuzberg“ einmal absieht (Lanz 2009a). Die Folgen der Mobilisierung neoliberaler Rationalitäten beschränken sich in diesen Fällen auf den Einsatz neuer Interventionsformen und eine kulturalistische Aktualisierung des „Integrationsparadigmas“ (Hess/Moser 2008, 12), um mit einem alten Problem mit wechselnden Namen – „Ausländerkonzentrationen“, „Ghettos“ und nun eben „Parallelgesellschaften“ – fertig zu werden.

Im Folgenden wird davon abweichend argumentiert, dass sich mit der raumordnungspolitischen Dimension des Eingangs skizzierten Paradigmenwechsels der kommunalen Migrationspolitik ein Bruch zur national-sozialen Form des stadtpolitischen Leitbilds der „europäischen Stadt“ beschreiben lässt, der letztlich auch eine andere Konzeptualisierung von Neoliberalisierung und Rassismus impliziert.

Produktive „Parallelgesellschaften“ in der „Stadt der Vielfalt“

Im Unterschied zur langjährig defizitorientierten Integrationspolitik entwerfen aktuelle Integrationskonzepte das Leitbild einer „Stadt der Vielfalt“ (wenn auch je nach Stadt unterschiedlich benannt und ausgearbeitet), das Migration nicht mehr als (Integrations-)Problem, sondern als grundsätzliches Potential der Städte auffasst. Die Mobilisierung sogenannter potentialorientierter Ansätze im Umgang mit Migration in der Stadt wird grundsätzlich als Teil eines „Paradigmenwechsels“ städtischer Migrationspolitiken diskutiert (bspw. Häußermann/Kapppan 2008). In einschlägigen Arbeiten besteht Konsens darüber, dass der städtische Umgang mit Migration im Zuge seiner zunehmenden (auch bundespolitischen) Systematisierung und der damit verbundenen, wachsenden Aufmerksamkeit für Migration in der Stadt einen grundsätzlichen Wandel erfährt (bspw. Bommers 2008; Eckardt/Merkel 2009; Fassmann 2002; Gesemann/Roth 2009; Häußermann/Kapppan 2008). Anstatt Migration als „Sonderbereich“ zu bearbeiten, sollen Integrationsdezernate den Umgang mit Migration in allen Politikbereichen anhand einer Gesamtstrategie^[10] „managen“ und dabei möglichst viele andere Dezernate und Ämter einbinden. Dieses „Integrationsmanagement“ beruht auf regelmäßigen Integrationsberichten, Evaluationen und indikatorengestützten Monitorings (Dahme/Wohlfahrt 2009; Reichwein 2009). Insgesamt sollen die Kommunen dabei auch gegenüber der städtischen Gesellschaft und Wirtschaft als Moderatorinnen integrationspolitischer Maßnahmen eintreten und folglich dem Aufbau migrationspolitischer Netzwerke eine hohe Priorität einräumen. Dadurch werden zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Organisationen gestärkt, explizit auch migrantische Organisationen und Gemeinden (Gissendanner 2011; Roth 2009). Der damit verbundene Perspektivenwechsel wird in entsprechenden Diskursen folgendermaßen zusammengefasst:

„Es geht bei der künftigen Stadtentwicklung unter Einschluss der ausländischen Bürgerinnen und Bürger also nicht um ein idealistisches Konzept einer multikulturellen Stadtgesellschaft, sondern um die existenzielle Frage, wie wir die kulturellen und ökonomischen Potenziale der Stadt sichern können. Es geht damit um die Grundlagen unserer künftigen Prosperität‘ (Reiß-Schmidt/Tress 2002). Die Rolle der Ausländer in den Städten wandelte sich folglich auch in der Wahrnehmung der Kommune von einer ‚wichtigen Zielgruppe für kulturelle und wirtschaftliche Integrationspolitik‘ zu,

[10] Entsprechende „ganzheitliche“ Integrations- und Vielfaltskonzepte sind mittlerweile praktisch flächendeckend eingeführt worden (bis 2009 bereits in mehr als 50% der deutschen Großstädte, Gesemann/Roth 2009, 17).

wesentlichen Akteuren und Partnern' (Reiß-Schmidt/Tress 2002)“ (Floeting/Reimann/Schuleri-Hartje 2005b, 16).

Dabei verknüpfen die Kommunen ihre Integrationspolitik strategisch mit quartiersbezogenen Maßnahmen und Programmen zur Entwicklung „benachteiligter Stadtteile“, bspw. dem Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ (Dahme/Wohlfahrt 2009; Häußermann/Kapphan 2008; Lanz 2009b; Radtke/Stošić 2008).

Offensichtlich wird bereits hier, dass zentrale Elemente des Paradigmenwechsels wie der Umbau zu einem Integrationsmanagement, der Aufbau städtischer Politiknetzwerke, die neue Aufmerksamkeit für Prozesse im Stadtteil und nicht zuletzt der Ausbau partizipativer Strukturen ihre grundlegende Autorisierung aus neoliberalen und neokommunitaristischen Logiken der politischen Steuerung in der unternehmerischen Stadt erhalten (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2009; Radtke/Stošić 2008, 106ff.). In Folge neuer räumlicher Strategien staatlicher Steuerung („Politics of Scale“) müssen sich lokalstaatliche Regulationen nach dem Modell einer „unternehmerischen Stadt“ strukturieren (bspw. Brenner 2003; Harvey 1989; Swyngedouw 1997). In der Folge lässt sich einerseits eine neue Arbeitsteilung des Regierens beschreiben („urban governance“), die sich in Abgrenzung zu hierarchischen Steuerungsmodellen („urban government“) im Rückgriff auf Effizienz- und Innovationsargumente etabliert hat. Im Mittelpunkt steht dabei die strategische Steuerung von Prozessen in der Stadt, die als pluralistische, horizontale und netzwerkförmige Abläufe konzipiert werden, wobei zunehmend zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure in staatlich koordinierte Netzwerke und Kooperationen des Regierens eingebunden werden sollen (bspw. Heeg/Rosol 2007; Jessop 2002). Die seit den 1990er Jahren zu beobachtende Ausrichtung von Stadtpolitik auf den Sozialraum nimmt ebenfalls Bezug auf Netzwerkmetaphern und richtet sich insbesondere an neokommunitaristischen Regulationsansätzen aus, die Strategien neoliberaler Politiken auf anderen Maßstabsebenen ergänzen (Eick 2005, 179; Jessop 2002, 461). Dabei gewinnt der „Sozialraum“ im „Quartier“ als Problematisierungsform und Ort, die „Community“ oder „informelle Netzwerke“ als Gegenstand oder Medium der Regulation gegenüber der Imagination des „Sozialen“ in Form der „Gesellschaft“ an Bedeutung (Fyfe 2005; Jessop 2002; Kamleithner 2009; Kessl/Krasmann 2005). Andererseits wird die legitimierende Rolle neoliberaler Rationalitäten für die Neuausrichtung städtischer Migrationspolitiken auch mit Blick auf die neue stadtentwicklungspolitische Orthodoxie der

„Diversity“ (vgl. Fainstein 2005) deutlich. Wenn „Merkmale wie Offenheit, Toleranz und kulturelle Vielfalt [...] zunehmend als Schlüsselfaktoren für die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit von Kommunen angesehen“ werden (Gesemann/Roth 2009, 12), dann drückt sich darin aus, dass die unternehmerische Stadt als subnationale politische Einheiten in einer neuen Position der Autonomie verortet wird. Sie übernimmt also nicht nur veränderte Aufgaben im „aktivierenden Wohlfahrtsstaat“ und greift dabei neue Formen des Regierens auf, sondern muss dabei auch in einem nationalen und transnationalen Standortwettbewerb bestehen.

Im Kern dieses Paradigmenwechsels – so wird im Folgenden argumentiert – lässt sich auch ein Wandel der sozialräumlichen Dimension des städtischen Umgangs mit Migration beobachten, der sich im Kontrast zur Rolle von Migration im Leitbild der europäischen Stadt als programmatischer Bruch beschreiben lässt. Besonders deutlich wird das in Stadtentwicklungsdiskursen, die diese Ressourcen für die Reaktivierung und Stabilisierung der sozialen und ökonomischen Ordnung im Stadtteil nutzen wollen. Als Kristallisationspunkt für die Entwicklung dieses Diskurses wird das Praxis-Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“^[11] diskutiert (Häußermann/Kapphan 2008, 39). Die dort entwickelten Empfehlungen finden sich als direkte Bezüge oder inhaltliche Parallelen aber auch in anderen Expertisen der kommunalen Integrationspolitik und migrationsbezogenen Stadtentwicklung wieder (siehe bspw. BBR 2008; BBR 2009; Bundesregierung 2007; grundlegend Häußermann/Siebel 2001).^[12]

Im Mittelpunkt des Projekts stand die explizite Abkehr von der grundsätzlich negativen Koppelung von Integration und Segregation. Demnach sei die Vorstellung, dass eine „verstreut wohnende Migrantenbevölkerung [...] sich besser in die Aufnahmegesellschaft integrieren“ könne, nicht länger aufrechtzuerhalten:

„Die mit der Mischung der einheimischen und zugewanderten Wohnbevölkerung verfolgten Strategien haben sich weder als durchsetzbar noch als geeignet erwiesen, gleichwertige Lebensbedingungen und Lebenschancen für die zugewanderte Bevölkerung herzustellen. [...] Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die ‚Mischung‘ von Zuwanderern und Einheimischen in den Wohnquartieren der Städte ein handhabbares Instrument zur Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft ist. Freiwillige ethnische Segregation ist weder zu vermeiden noch ist sie von vornherein schädlich für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern“ (Verbundpartner ZiS 2005, 18f.).

[11] Das Projekt lief von Januar 2004 bis März 2007 und war in zwei Phasen unterteilt. Bis Februar 2005 wurde von einem Expert_innenforum ein Empfehlungskatalog vorgelegt, der dann in der zweiten Phase in einem Praxisnetzwerk von beteiligten Kommunen für die lokalen Bedingungen adaptiert und erprobt wurde. Verbundpartner_innen waren neben der federführenden Schader-Stiftung auch der Deutsche Städtetag, der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und das Deutsche Institut für Urbanistik (Schader-Stiftung 2007).

[12] Den folgenden Ausführungen liegt die Analyse dieser Expertisen zugrunde. Neben Texten aus dem direkten Kontext des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ wie bspw. zum Potential „ethnischer Ökonomien“ für die Stadtpolitik (Floeting/Reimann/Schuleri-Hartje 2005b) wurden eine Reihe von Arbeiten herangezogen, die dort zitiert werden oder aus anderen Gründen als informativ für die untersuchte Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ gelten können. Dazu zählt bspw. das für diesen Diskurs konstitutive Gutachten von Häußermann und Siebel für die Unabhängige Kommission Zuwanderung (Häußermann/Siebel 2001); eine Expertise, die für die Aufbereitung des Potentials für „Ethnic Business“ im Rahmen der Vielfaltspolitiken der Stadt Wien eingesetzt wurde (Haberfellner et al. 2000); oder die im Rahmen der Transferstelle des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ als Expertise bereitgestellte Diplomarbeit von Fischer (2001).

Wie auch im programmatischen Slogan „Integration trotz Segregation“ (ebd., 19) zum Ausdruck kommt, wird Segregation in diesem Kontext als Raum der Entfaltung lokaler Vergemeinschaftung konzipiert, deren Effekte für eine ressourcenorientierte Integrationspolitik, aber auch für eine migrationsbezogene Stadtentwicklung nutzbar gemacht werden könnten:

„Damit ging auch eine allmähliche Neubewertung der kleinräumlich konzentrierten Einwandererquartiere von einer einseitigen Darstellung als Problemgebiete zu einer differenzierteren Bewertung als Gebiete mit Ressourcen und Potenzialen einher, die aber bisher alles andere als allgemeiner Konsens ist“ (Floeting/Reimann/Schuleri-Hartje 2005b, 16).

Segregation, so die damit verbundene Perspektive, beinhaltet unter bestimmten Umständen auch Potentiale der Netzbildung, insbesondere hinsichtlich der sozialen, ökonomischen und kulturellen Integration in lokale Gemeinschaften – migrantisch geprägte Viertel können dann wie „Durchlauferhitzer“ für „Neuankömmlinge“ wirken, weil die sozialen Netzwerke die Orientierung im Einwanderungsland erleichterten und so mittelfristig einen schnelleren sozialen und ökonomischen Aufstieg ermöglichten (Häußermann/Siebel 2001; vgl. bspw. Kilb 2006; Krummacher 1998; Schmidt-Fink 2005; Verbundpartner ZiS 2005).

Im Zentrum dieser quartiersbezogenen Potentialorientierungen steht in den Expertisen die sogenannte „Migrantenökonomie“:

„Gerade in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf leisten Existenzgründer und Unternehmer mit Migrationshintergrund viel für die soziale und sozialräumliche Integration und somit auch für die Stabilisierung der Gebiete. Diese Integrationsfunktion der Migrantenökonomie im Quartier wird in Bezug auf den Arbeitsmarkt am deutlichsten. Erfolgreiche Gründungen und Betriebe bieten nicht nur dem ethnischen Unternehmer selbst, sondern auch den Auszubildenden und Angestellten die Teilnahme am Erwerbsleben und machen sie von staatlichen Transferleistungen unabhängig. Außerdem sind ethnische Gewerbebetriebe Anlauf- und Informationsstellen für Neuzugewanderte und übernehmen häufig eine Brückenfunktion: zwischen Zugewanderten und Neuzuwanderern, zwischen Migranten und deutscher Bevölkerung. Die Potenziale der ethnischen Ökonomie sollten daher gezielt ausgeschöpft werden, unter anderem durch kommunale Wirtschaftsförderung, die ethnische Existenzgründer und Ausbildungsverbünde ausländischer Unternehmen unterstützt“ (Reimann/Schuleri-Hartje 2005, 4).

Das Potential der „Migrantenökonomie“ liegt demnach in der strukturellen Aufwertung und damit möglichen ökonomischen und sozialen Stabilisierung ganzer Viertel. Denn die Entwicklung von „Tante Emma zu Onkel Ali“ (Floeting/Reimann/Schuleri-Hartje 2005a) bedeutet nicht nur die notwendige Aufrechterhaltung der Nahversorgung im Quartier. Vielmehr machen die Expertisen die „Stadtteilwirtschaft“ als das Herz jener neuen lokalen Ordnung aus, die im erhofften Idealfall den Puls des Viertels vorgibt. Mit Blick auf die „Migrantenökonomie“ als Kern einer vergleichsweise prosperierenden Zukunft ökonomischer und sozialer Problemviertel entsteht hier die Denkbarekeit einer „guten“, legitimen und nicht zuletzt regierbaren Ordnung migrantischer Viertel.

In diesem Licht werden Migrant_innen zum Glücksfall für benachteiligte Stadtteile. Die Problematisierung von Migration in der Stadt wird in dieser Perspektive von der Frage der homogenen Gesellschaft entkoppelt und zu einer eigenen Einheit der Regierung in Bezug gesetzt: der Sozialraum des Quartiers verdient demnach ein Management,[13] das diese Potentiale aufgreift, entwickelt, vermarktet und aktiviert. Als ein Mosaikstückchen in der „Stadt der Vielfalt“ setzt diese Einheit dann eben auch ihre ganz eigenen Regeln der Regierung, wie es Heinz Fassmann treffend auf den Punkt bringt:

„Die Stadt der Vielfalt und damit auch die Stadt der Differenz wird so akzeptiert, wie sie ist, ohne normative Eingriffe und ohne Desegregationspolitik. Dies wäre auch verfehlt, denn ethnische Viertel sichern das Überleben einer auf die ethnischen Gruppen ausgerichteten Ökonomie. Ein türkischer Bäcker hätte geringere Marktchancen, wenn seine Klientel dispers über die Stadt verteilt wäre. Segregation ist aus dieser Sicht die Voraussetzung für die Erhaltung ethnischer Gruppen und damit eines neuen gesellschaftspolitischen Leitbildes“ (Fassmann 2002, 20).

Die Kunst der Regierung liegt hier darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich die Ressourcen der Migration für die Entwicklung der Stadtteile und der Stadt genauso wie für einen erfolgreichen (sozialen) Integrationsprozess abrufen lassen. Aus dieser Anforderung entsteht eine radikale Kritik jener alten Desegregationspolitik – denn deren „normative Eingriffe“ wären geradezu katastrophal im Angesicht der (im weitesten Sinne) unternehmerischen Schöpfungskraft der Migrant_innen.

Hinsichtlich dieser hier für die Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ mobilisierten „Zauberformel ethnic business“ fragt Gutiérrez Rodríguez berechtigter Weise, „ob sich nicht hier

[13] Sei es explizit das „Quartiersmanagement“ vor Ort, das bspw. zentrales Instrument im Rahmen des Programms „soziale Stadt“ ist (Lanz 2009a), oder sei es die neue managementorientierte Verwaltung, auf die im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ als Koordinierungsstelle gesetzt wird (vgl. Expertenforum 2005, 17).

eine alte Form der Biopolitik, die der Ethnisierung, in neoliberale Regierungstechniken neu kleidet“ (Gutiérrez Rodríguez 2003, 162). Denn insofern Migrant_innen in entsprechenden Konzeptionen mit bestimmten, prekären Arbeitsmarktsegmenten und mit einem spezifischen Beratungsbedarf assoziiert würden, stellten auch solche Programme eine Markierung als „differente defizitären Andere“ dar. Migrant_innen tauchten also in den „neuen Beschäftigungs- und Integrationsmaßnahmen als Gruppe auf, die in ihrem Wesen mit einem Makel behaftet sind“ (ebd., 174). Mechanismen der Rassifizierung oder Ethnisierung würden hier also mit der hierarchisierenden Zuordnung einer Wertgröße in der „ökonomischen Rationalität“ des „freien Marktes“ gekoppelt. Der „Neoliberalismus“ dieser responsabilisierenden Strategien verkompliziere insofern den Appell des Staates zu einer „widersprüchlichen Anrufung“ – Migrant_innen erfahren dann „trotz des scheinbaren Bestrebens des neo-liberalen Staates, sie auf der ökonomischen Ebene zu integrieren, immer wieder eine Anrufung als subjectless objects“ (ebd., 174).

Grundsätzlich steht außer Frage, dass Migrant_innen sich in der Bundesrepublik täglich entsprechend schizophrenen Anrufungen ausgesetzt sehen. Mit Blick auf die hier untersuchte Programmatik lässt sich allerdings ein anderes Argument entwickeln. Denn in diesem Fall lässt sich die ökonomische Integration nicht als „scheinbares Bestreben“ beschreiben, sondern die Programme nehmen tatsächlich eine Ökonomisierung von Ethnizität vor und folgen somit keiner biopolitischen Strategie. Denn das Konzept der „Migrantenökonomien“ wird in den vorliegenden Expertisen in expliziter Abgrenzung zu Strategien der Ethnisierung entwickelt und entkoppelt den Blick auf migrantische Stadtteile insofern von der oben beschriebenen Semantik der Nation, in der auch „Ethnizität“ nur als bedrohlich fremde, kollektive Identifizierung erscheinen konnte.

In den neueren Expertisen wird eine andere Epistemologie des Begriffs der Ethnizität entwickelt. Dabei werden „ethnische Gemeinschaften“ als homogene Gebilde mit „deutlichen Abgrenzungen nach außen“ in Frage gestellt. Denn die Kulturalisierung von „Ethnien“ (re)produziere die Konstruktion „des Anderen“ als „Gefahr der Ethnisierung“ (Fischer 2001, 29). Dementsprechend wird in den Expertisen Differenz jenseits einer Monokausalität der Kultur denkbar gemacht. Sie grenzen sich also auch von multikulturellen Konzeptionen ab, in denen Migrant_innen auf „ihre“ Kultur reduziert werden – egal ob in potentialorientierter oder in defizitorientierter Absicht.[14] Stattdessen mobilisieren die Expertisen aktuelle Konzepte, die Kultur und Ethnizität jenseits von essentiellen Gruppenmerkmalen als Bezugspunkte alltäglicher ökonomischer, sozialer und kultureller Praktiken

[14] Denn die Ressource „anders zu sein“ kann selbstverständlich auch zu einer kulturalistischen Nötigung werden, wie in bestimmten Varianten eines essentialistischen Multikulturalismus (vgl. bspw. Leicht 2009; Kaloianov 2009).

konzipieren.[15] Besonders deutlich wird die damit verbundene konzeptionelle Auflösung kultureller (oder anders determinierter) Identitäten nicht zuletzt an jenen Stellen der Programmatik, wo die rationale Verwendung der ethnischen Ressourcen diese explizit von jeder identitären, unumstößlichen Bindung trennt:

„Die ‚original italienische Pizzeria‘ wird beispielsweise mittlerweile häufig von Arabern betrieben, die die Zuschreibung zur italienischen Ethnie als Ressource verwenden. Vietnamesen betreiben fast nie vietnamesische Restaurants oder ‚Imbissbuden‘, sondern chinesische Restaurants und ‚China-Pfannen‘. Selbst vermeintlich türkische ‚Döner-Buden‘ werden beispielsweise von Bulgaren betrieben. [...] Doch das ethnische Versteckspiel, die Variationen auf die ethnischen Identitäten, sind auch ein Hinweis auf neue hybride Identitätskonzepte. Im Spiel mit den Identitäten zeigt sich auch ein neues Selbstbewusstsein der Transmigranten. Wurde die Existenz zwischen den Kulturen bis vor kurzem noch als Mangel an Heimat gedeutet, sind es nun die ‚Wanderer zwischen den Kulturen‘, die diesen Zwischenzustand als Zugewinn begreifen, als Fähigkeit, sowohl in der einen wie auch in der anderen Kultur sich zu bewegen, als Merkmal kultureller Kompetenz in einer sich zunehmend entgrenzenden Welt“ (Rada 2002: 57/58) (Floeting et al. 2005a, 23f.).

Diese Differenz ist dann aber für Migrant_innen nur eine spezifische Ressource, zu der vielleicht aufgrund von Erfahrungen und erworbenen Kompetenzen (Sprache, Kultur) einfacherer Zugriff besteht (Floeting et al. 2005a, 22). Dieser Spielraum des strategischen Umgangs mit Ethnizität als einer Ressource unter vielen lässt Migrant_innen in der Epistemologie der Programme nicht als differentes Objekt einer „fremden Kultur“ erscheinen, sondern als Subjekte mit Zugang zu spezifischen Ressourcen. Wenn entsprechende Konzepte als epistemologische Grundlage städtischer Politiken mobilisiert werden, dann entfaltet sich hier eine Programmatik, die Differenz nicht mehr in Form der modernen (d.h. modernisierungstheoretischen) Ausgrenzung und Pathologisierung des Fremden anordnet:

„Noch bis vor kurzem wurde, zumindest implizit, modernisierungstheoretisch argumentiert [...]. Globalisierungsansätze gehen dagegen von einer multiplen Zentralisierung aus, wobei kulturell-ethnische Besonderheiten nicht mehr einfach nur ‚Lokalko-

[15] Beispielsweise der Ansatz einer „Transkulturalität als Praxis“ (vgl. Floeting/Reimann/Schuleri-Hartje 2005b, 22). Mit diesem Konzept warnt Robert Pütz vor einer „Wiederholung der Zuschreibung“ durch die Methodik der Untersuchung. Anstatt nach „Inhalten‘ vermeintlich gegebener ‚Kulturen‘“ zu suchen, ginge es um die Beschreibung der Produktion und Reproduktion „kultureller Grenzen“ und wie diese „ökonomisch wirksam werden“ (Pütz 2004, 32).

lorit' sind, sondern in ihrer Bedeutung wieder aufgewertet und in bestehende soziale Hierarchien eingebaut werden, ohne diese zu verändern. [...] Kulturelle Besonderheiten mutieren durch die erfolgreiche Betonung von Lokalkulturen zu ‚ethnischen Ressourcen‘ und können damit in andere Kapitalarten konvertiert werden“ (Häußermann/Oswald 1997, 25).

Die Programme produktiver „Parallelgesellschaften“ zeichnen sich dann nicht durch eine ihnen immanente „widersprüchliche Anrufung“ (Gutiérrez Rodríguez 2003, 175) aus. Im Gegenteil, sie erschaffen ein konvergentes Zusammenspiel von Ethnizität und Subjektivierung, und zwar weil sie auf eine essentialisierende und pathologisierende Kategorie des Fremden verzichten. Ethnizität wird zu einer Form legitimer „Vielfalt“ in Bezug auf die kulturelle und soziale Integration im Stadtteil, gerade weil sie sich auch als ökonomische Ressource entfalten soll. Für den Paradigmenwechsel lässt sich dann abschließend argumentieren, dass im Kontext des neoliberalen Effizienzparadigmas solche programmatischen Konzeptionen politisch unattraktiv werden, die Migration im Rückgriff auf essentialistische Konzepte von Kultur und Herkunft als prinzipielles Problem einer ethnisch-homogenen Gesellschaft denken und Migrant_innen als Fremde zum Objekt der planmäßigen Einhegung machen. Anschlussfähig werden dagegen (jüngere) Ansätze, die Differenzen als kulturelle, ökonomische oder soziale Ressource beschreiben und sie somit in der Logik der Programme endlich politisch nutzbar werden lassen. Denn nur so lässt sich Migrationspolitik mit dem programmatischen Ziel einer unternehmerischen Stadt vereinen, in der „Vielfalt“ zum Produktionsfaktor und ihre Inwertsetzung zur politischen Ressource geworden ist. Die programmatische Vorstellung einer geordneten und geplanten Stadt wird durch den neoliberalen Traum einer Stadt ersetzt, die sich durch ihre heterogenen Ordnungen praktisch selbst regiert (vgl. Rose 2000, 95).

Interessant ist diese neue Programmatik der städtischen Regierung migrantischer Quartiere nicht, weil es hier grundsätzlich um Empowerment und Aktivierung geht – dass die Bewohner_innen der Stadtteile selbst aktiv werden sollten und „Verantwortung“ für ihre Lebenssituation zu übernehmen haben, ist nicht nur allgemeines Ziel der quartiersbezogenen Stadtteilentwicklung, sondern auch in vielen anderen Kontexten Teil einer Regierung der „Aktivierung“ (Kocyba 2004) und einer Anrufung des unternehmerischen Selbst (Bröckling 2007). Entscheidend ist vielmehr, dass dieses Raster in Form der Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ eine Regierung von Migration in der Stadt hervorbringt, die jenseits der Pathologisierung des Fremden agiert. Die Differenz

der Herkunft, die Migrant_innen als Fremde zum Objekt der planmäßigen Einhegung macht, reiht sich hier in ein Panorama der Vielfalt ein, das Differenz nicht als Normalisierungsobjekt, sondern als Normalität einer differenzierten Stadtgesellschaft versteht. Sie wird zum Potential, zur Erfüllung eines programmatischen Traums der Ressourcen eines unternehmerischen Selbst, dessen allgemeine Logik Ulrich Bröckling wie folgt beschrieben hat: „Die Programme fordern Distinktion statt Konformität, Überschreitung statt Regelbefolgung, kurzum: sie fordern anders zu sein“ (Bröckling 2007, 285).

Und in diesem Sinne lässt sich die Figur der migrantischen Unternehmer_in und der Blick auf migrantische Stadtteile als Raum der Entfaltung von „Migrantenökonomien“ hier als Teil einer Programmatik verstehen, die Migrant_innen weder ethnisiert, noch kommodifiziert, sondern der Regierung von Migration als ökonomisiertes „Erklärungsraster“ dient, mit dem sich das Verhältnis von Ordnung und Migration in der Stadt der Vielfalt neu denken und eben anders regieren lässt (ähnlich der „Berücksichtigung des Subjekts als Homo oeconomicus“ als „Schnittstelle zwischen der Regierung und dem Individuum“, Foucault 2004a, 351). Die Regeln des Marktes sind dabei weniger direkte Entscheidungsvorlage des Subjekts dieser Programme als eine Struktur des Regierungswissens, in der Ethnizität eben nicht als essentielles Anhängsel, bspw. in Form der „Wurzeln“ der Herkunft, der Staatsbürgerschaft oder Identität in der „ethnischen Gemeinschaft“, das „Wesen“ der Migrant_innen determiniert. Infolge der Ökonomisierung werden Individuum und Kultur, Individuum und Herkunft, Individuum und Nation anders angeordnet: als Optionen, Handlungsweisen oder eben als Ressourcen und Kapital für das unternehmerische Selbst – und somit als Subjektivierungsform. In diesem Sinne verweist die Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ auf eine andere, „oberflächlichere“ Art der Problematisierung (vgl. Valverde 2003, 95ff.), als deren Effekt sich Handlungen nicht mehr auf ein fremdes „Wesen“ zurückführen lassen – sondern aus den „rationalen Entscheidungen“ der Akteure resultieren. Als unternehmerisches Selbst ist ein solches Subjekt nicht weniger „rational“, wenn es seine spezifischen Ressourcen auch in andere Kapitalsorten transformiert und soziale und familiäre Netzwerke sowie sein kulturelles Leben entlang dieser Ressourcen organisiert. In Verteidigung der urbanen Gesellschaft vor den „Ausländerkonzentrationen“ waren eben diese persönlichen Beziehungen, die Gestaltung und der Ort der Arbeit oder die Wahl des Wohnortes von Migrant_innen als pathologische Züge „ethnischer Gemeinschaften“ zu regulieren. Dieser Effekt einer Ökonomisierung des (national) Sozialen lässt sich also als Auswei-

tung der Spielräume eines migrantischen Subjekts beschreiben – bzw. als Ausweitung der für die Regierung der Stadt relevanten „Subjekte“.[16]

Dieser programmatische Bruch lässt sich als Übergang vom auch für die Ordnung der Stadt maßgeblichen nationalen Ordnungsprinzip der Staatsbürgerschaft hin zu einer relationalen Vorstellung lokaler Zugehörigkeiten und einer in diesem Sinne postnationalen Form der Stadtbürgerschaft verstehen:

„This is not a relation of citizens and community in terms of blood, descent, lineage, tradition, fixity, mechanical solidarity and the like, but a relation of identification. Citizens are here imagined as bound to communities through ties of allegiance, affinity and mutual recognition, and as acquiring their identities – thought of as a complexity of values, beliefs, norms of conduct, styles of existence, relations to authority, techniques of self-management, ways of resolving dilemmas and coping with fate – in and through these identifications. [...] [C]ommunity, here, includes the values of love, care, notion, emotion, solidarity, sharing, self-sacrifice and so forth [...]” (Rose 2000, 98)

Auf den hier analysierten Kontext übertragen, betont diese Beschreibung die radikale Neuausrichtung des staatlichen Verhältnisses von Migration und Ordnung in der Stadt. Roses Beschreibung einer programmatischen Logik, die die Produktion von Teilhabe in und durch lokale Communities erwartet, verweist auf all jene produktiven Effekte, die in den hier untersuchten Programmen dem Leben im Raum der „freiwilligen Segregation“ zugeschrieben werden. Zu beobachten ist dann hier eine programmatische Verschiebung der Produktionsweise urbaner Zugehörigkeit vom staatsbürgerlichen Verhältnis (Nationalstaat und nationale Gesellschaft bestimmen, wer als Bürger_in der Stadt angerufen und regiert wird) in Richtung einer an Praktiken gemessenen Selbsteingliederung in lokale und fragmentierte Gemeinschaften einer unternehmerischen Stadtbürgerschaft (ebd., 108). Während Migrant_innen im ersten Fall im Namen der europäischen Stadt zum Schutz der deutschen Bevölkerung per Stempel im Pass aus ihrem Viertel ferngehalten werden sollten, müssen sie in der Perspektive der Programme produktiver „Parallelgesellschaften“ mit ihren Ressourcen und Potentialen als Bürger_innen in den Blick geraten.

Dabei ist zu bedenken, dass eine Mobilisierung neuer Konzeptionen von Migration jenseits der modernen Dichotomie von Gesellschaft und essentieller ethnischer Gemeinschaft nicht einfach auf

[16] Die Programme wollen selbst die vormals ausgeschlossenen Welten der Informalität und Illegalität in die Sphären der Stadtbürgerschaft integrieren. Wenn „Migrantenökonomien“ als „Drehtüren zwischen formellem und informellem Arbeitsmarktsegment“ (Floeting/Reimann/Schuleri-Hartje 2005b, 24) hervorgehoben werden und ihre „informellen“ Netzwerke positiv konnotiert werden (Floeting 2009), dann zeigt sich hier, dass die Expert_innen der Stadt den lang gepflegten „Miserabilismus der mitleidsvollen Schilderung des Bedrückenden“ (Elwert 2002, 20) abgelegt haben, und der neoliberale Kontext dieser Stadtpolitiken selbst die „Gespenster der Migration“ (Karakayali 2008) in „unternehmerische Illegale“ (Elwert 2002) zu transformieren weiß.

eine Kosmopolitisierung der Regierung der Stadt hindeutet, in der die Differenz der Migration dann keine Rolle mehr spielen würde. Denn unter den neoliberalen Umständen der aktuellen Stadtpolitik ist zu erwarten, dass die Transformation der ethnischen Besonderheiten von einer Markierung des Fremden zur Ressource der Community sich nicht in die Überwindung des Verhältnisses von Gleichheit und Differenz übersetzt, sondern dieses Verhältnis anders programmiert. Deutlich wird das, wenn man sich an die oben kurz diskutierte Problematisierung gefährlicher „Parallelgesellschaften“ erinnert. Vor dem Hintergrund der Programmatik produktiver Differenz erscheinen diese Konzepte nun weniger als raumordnungspolitische Kontinuität. Denn die politischen Strategien, die mit diesem Konzept verbunden werden, zielen ebenfalls auf die Aktivierung und Responsibilisierung einer „Community“ und nicht auf den Ausschluss oder die Heilung eines „damaged individuals, with a personal pathology“ (Rose 1996, 348) oder gar den Ausschluss einer pathologisierten Gruppe, wie das im Rahmen der „sozialen“ Politiken in der europäischen Stadt der Fall war. Einen „anti-citizen“ (Rose 2000) kennen diese Politiken aber dennoch. Jedoch handelt es sich nicht um essentiell „Fremde“, vor deren „Konzentrationen“ die „deutsche“ Stadtgesellschaft prinzipiell zu schützen wäre. Dieser „anti-citizen“ entsteht vielmehr am Schnittpunkt von „Risikomerkmale“ (Krasmann 2003, 108ff.). Selbstverständlich basieren entsprechende Strategien bspw. im Umgang mit „islamistischen Gemeinden“ weiterhin auf kulturalisierenden und rassistischen Imaginationen, insofern angenommen wird, dass „der Islam“ oder „muslimisch-sein“ eine in irgendeiner Form homogene Community konstituiert, die sich zur Selbstregulation ihrer Gefahren anrufen ließe (Rodatz/Scheuring 2011). Weil diese Community aber aktiviert werden soll, können diese Zuschreibungen nicht als prinzipielle Gruppenmerkmale fungieren, sondern nur als Risiken, die es zu „managen“ gilt (Rose 1996, 348).

Insofern könnte die Figur des „anti-citizen“ darauf hinweisen, dass mit der Ökonomisierung des Sozialen der Klassenkompromiss des national-sozialen Staats in Frage gestellt wird – und somit auf einer anderen Maßstabsebene jene post-rassistische Situation eintritt, die Balibar einmal für eine Welt der „Unternehmer-Nationen“ prophezeit hat. Vielleicht ist es die Welt der unternehmerischen Stadt, in der

„die Dimension der historischen Erzählung genealogischer Mythen (und damit das Spiel der Substitutionsverhältnisse von Rasse, Volk, Kultur und Nation) relativ zurück-

tritt gegenüber der Dimension psychologischer Bewertungen intellektueller Fähigkeiten und der ‚Disposition‘ zu einem ‚normalen‘ gesellschaftlichen Leben (oder umkehrt zu Kriminalität und Abweichung)“ (Balibar 1992, 35).^[17]

Für das Leitbild der (unternehmerischen) Stadt der Vielfalt zeichnet sich ein postnationales Ordnungsmodell ab, dessen neoliberale Rahmenbedingungen migrantische Viertel als riskante Ordnungen erscheinen lassen und sie dem kontrollierenden Auge des (quasi-)staatlichen Managements unterstellen. Für dieses Management spielen dann Kategorien wie Ethnizität oder Nationalität zwar als eindeutige Identitäten keine Rolle mehr, er erkennt sie aber weiterhin als mögliche Anschlusspunkte für kulturelle, soziale und ökonomische Praktiken und bewertet deren Potentiale und Risiken für die Ordnung des Stadtteils und der Stadt. Unter diesen Bedingungen resultiert die Kategorie der „Vielfalt“ in einer prekären Form urbaner Zugehörigkeit, in der (nicht nur) die Differenz der Migration einem ständigen Legitimationsdruck unterworfen wird: Gefordert und gefördert wird, Teil einer sichtbaren lokalen Gemeinschaft zu sein, die zur „vielfältigen“ Wertschöpfungskette der Stadt beiträgt – oder zur Gefahr für eben diese Wertschöpfungskette erklärt zu werden.

Schluss

Es ging hier darum, zwei deutsche Programmatiken der Regierung von Migration in der Stadt kontrastierend zu diskutieren. Einerseits wurde gezeigt, inwiefern das stadtpolitische Leitbild der europäischen Stadt als Legitimation rassistischer Raumordnungspolitiken und einer damit einhergehenden Objektivierung der migrantischen Bevölkerung gedient hat und insgesamt für eine Regierung der Stadt steht, die Migration und Differenz im Namen der nationalen Gesellschaft zurichtet oder ausschließt. Andererseits wurde hinsichtlich der Effekte neoliberaler Rationalitäten für dieses Verhältnis in aktuellen programmatischen Diskursen argumentiert, dass sich in der Geschichte der Bundesrepublik erstmals ein stadtpolitisches Leitbild identifizieren lässt, das Migration jenseits der Grenzen der nationalen Gesellschaft denk- und regierbar macht.

Zunächst widerspricht eine solche Diagnose einem Teil der gängigen Assoziationen, die mit Neoliberalisierungsprozessen in der Stadt in Verbindung gebracht werden. Wenn bspw. Häußermann et al. 2008 im Hinblick auf die europäische Stadt konstatieren, dass sich mit der neoliberal-

^[17] Darauf verweist auch die post-rassistische Dimension eines soziologisierten Sozialdarwinismus à la Sarrazin (Kohlmann 2011) oder in Konzepten einer „Kultur der Armut“ oder des „Prekariats“ (vgl. Habermann 2008; Wollrad 2008).

len Krise der europäischen Stadt auch eine Krise der Integration von Migrant_innen verbinde,[18] so lässt sich diese Diagnose aus programmanalytischer Perspektive nur auf den Kopf stellen: Mit der (neoliberalen) Krise des Leitbilds der europäischen Stadt und mit Bezug auf die globalisierten „Sachzwänge“ der unternehmerischen Stadt ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine stadtpolitische Programmatik entstanden, in der die Ordnung der Stadt vom transnationalen Alltag her denkbar wird, was nicht zuletzt Forderungen nach Partizipation und Anerkennung, aber auch ein neues Verständnis der „vielfältigen“ Stadtgesellschaft[19] beinhaltet und mithin Elemente aus den sozialen „Kämpfen der Migration“ (Bojadzije 2007) inkorporiert. Gleiches gilt im Hinblick auf konstatierte negative Folgen für die lokale Demokratie und die Ökonomisierung des Sozialen. Wenn bspw. Wohlfahrt und Zühlke äußern, dass „der Appell an die republikanische Tugend bürgerschaftlicher Mitwirkung“ höchstens dazu dienen könne, die negativen Effekte von Prozessen der „Ökonomisierung und Privatisierung“ zu verschleiern (Wohlfahrt/Zühlke 2005, 13), dann übersieht diese Kritik nur allzu leicht, dass sich diese Ökonomisierung nicht nur gegen die soziale, sondern auch gegen die nationale Form des Staats in der Stadt richtet. Ausgerechnet im Kontext der Reorganisation des Wohlfahrtsstaats unter neoliberalen Vorzeichen und der damit verbundenen Einführung neuer städtischer Steuerungsmodelle, entfaltet sich hier eine Politik, die migrantische Viertel keiner objektivierenden und restriktiven Raumordnungspolitik mehr aussetzen sucht und – mehr noch – die es deutschen Verwaltungen erstmals rational erscheinen lassen könnte, alle Einwohner_innen jenseits der Frage ihrer Staatsbürgerschaft oder ihres „Migrationshintergrunds“ als legitime politische Subjekte der Stadtpolitik anzusprechen.

Insofern lässt sich hier auch aus der „Perspektive der Migration“ (Römhild 2008) mit James Ferguson einmal mehr überlegen, welche Potentiale ein strategischer Umgang mit neoliberalen Rationalitäten hervorbringen könnte:

„And (perhaps more provocatively) are the neoliberal ‚arts of government‘ that have transformed the way that states work in so many places around the world inherently and necessarily conservative, or can they be put to different uses? To ask such questions requires us to be willing at least to imagine the possibility of a truly progressive politics that would also draw on governmental mechanisms that we have become used to terming ‚neoliberal‘“ (Ferguson 2009, 173).

[18] Demnach sei der „Typus der europäischen Stadt [...] in eine schwere Krise geraten“, was sich unter anderem darin zeige, dass die „Integration von Zuwanderern“ unter den Umständen einer ökonomischen, sozialen und politischen Krise des Städtischen sehr viel schwieriger geworden sei, „als es noch zur Zeit der Massenproduktion in den sechziger Jahren der Fall war“ Häußermann/Läpple/Siebel 2008, 18).

[19] Besonders deutlich wird das am Vielfaltskonzept der Stadt Frankfurt, in dem mit dem Konzept der „Super-Vielfalt“ ein Milieuansatz mobilisiert wird, der prinzipiell keinen Unterschied zwischen „migrantischen“ und anderen Milieus einer differenzierten Stadtgesellschaft macht und somit einen sehr viel differenzierteren Vielfaltsbegriff entwickelt, als er bspw. bei Florida in seiner ökonomistischen Einengung zu finden ist (vgl. Magistrat Frankfurt a.M. 2009, Kunz 2010).

Zumindest aber gilt es, bei der Beschreibung der Effekte einer solchen Programmatik die Produktivität der Macht (Foucault 2004b, 250) nicht aus den Augen zu verlieren. Es gilt zu beschreiben, welche neuen Formen urbaner Zugehörigkeit dabei entstehen, wie diese die Kämpfe der Migration, die Strategien und Taktiken im Umgang mit institutionellen, strukturellen und gesellschaftlichen Rassismen kooptieren und welche neuen Spielräume des Politischen dabei hervorgebracht werden. Damit gilt es über die hier entwickelte programmanalytische Perspektive auf die performative Kraft der Programme hinaus zu gehen und jene „messy worlds of realpolitik“ (Rose/O'Malley/Valverde 2006, 99), die Programmanalysen häufig explizit nicht zum Gegenstand machen (ebd., vgl. bspw. Bröckling/Krasmann/Lemke 2004, 12), in den Blick zu nehmen. Nicht, um in einen soziologischen Realismus zu verfallen, der die programmanalytischen Erkenntnisse anhand von lokalen Beispielen zu Gesetzmäßigkeiten der Gegenwart plausibilisieren will (Osborne 2001, 14), sondern weil sich die Aufmerksamkeit für die tatsächlichen Prozesse der Um- und Aussetzung programmatischer Logiken gerade dann zu lohnen scheint, wenn ihre Ausführung in der Gegenwart umstritten ist und sich in dieser Perspektive synchrone Fissuren, Ungereimtheiten und Heterogenitäten innerhalb und zwischen Programmatiken, Rationalitäten und politischen Techniken herausarbeiten lassen (vgl. Dölemeyer/Rodatz 2010, 215). Im Ausblick auf eine solche Perspektive^[20] lässt sich dann abschließend hervorheben, dass mit der tatsächlichen Kontextualisierung der hier untersuchten Programmatik im konkreten politischen Feld an konkreten Orten Kämpfe und Auseinandersetzung verbunden sind. Dabei ist bislang allerdings lediglich dokumentiert worden, dass die hier als Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ beschriebenen Logiken als zentraler Teil jenes bereits gut dokumentierten „Paradigmenwechsels“ der städtischen Migrationspolitiken umstritten sind (vgl. bspw. Häußermann/Kaplan 2008, 37; Lanz 2007, 256ff.; Münch/Kirchhoff 2009; Ronneberger/Tsianos 2008, 144) – sei es durch das Beharrungsvermögen deutscher Verwaltungen und die Tradition national-sozialer Ordnungsvorstellungen, sei es durch eine Vielzahl variierender integrationspolitischer Leitbilder mit je abweichenden raumordnungspolitischen Implikationen. Fest steht, dass die Existenz der Programmatik produktiver „Parallelgesellschaften“ neue Welten im Verhältnis von Migration, Ordnung und Staatlichkeit in der Stadt eröffnen kann – inwiefern sie sich in die migrationsbezogenen Governance-Formen der Stadt der Vielfalt einschreibt, wie sie sich dabei verändert und welche, vermutlich heterogenen, Effekte sie hervorruft, bleibt dann vor Ort zu klären.

[20] Die Frage der lokalen Kontextualisierung ist im laufenden Projekt des Autors am Beispiel von Berlin und Frankfurt (www.neuordnungen.info/migration) Gegenstand einer entsprechend erweiterten Programmanalyse (vgl. Dölemeyer/Rodatz 2010).

Bibliographie

- AuslG (1965) *Ausländergesetz*; veröffentlicht im BGBl. I S.355., 28. April 1965.
- Balibar, É. (1992) Gibt es einen Neo-Rassismus? In: Balibar, É./Wallerstein, I. (Hg.) *Rasse Klasse Nation: ambivalente identitäten*. Hamburg: Argument.
- Balibar, É. (2001) *Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik*. Online publiziert bei: No Spoon, http://www.niatu.net/nospoon/texte/balibar_staatsbuergerschaft.pdf (26/05/11)
- Bauman, Z. (1997) *Flaneure, Spieler und Touristen. Essays zu postmodernen Lebensformen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2008) *ExWoSt-Informationen 34/1. Migration/Integration und Stadtteilpolitik*. http://www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_23550/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/ExWoSt/34/exwost34__1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/exwost34_1.pdf (10/10/09)
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2009) *ExWoSt-Informationen 34/2. Migration/Integration und Stadtteilpolitik*. http://www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_23550/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/ExWoSt/34/exwost34__2,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/exwost34_2.pdf (10/10/09)
- Bojadzijeve, M. (2007) *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bommes, M. (2008) „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Bommes, M./Krüger-Potratz, M. (Hg.) *Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven*. Frankfurt am Main: Campus.
- Brenner, N. (2003) 'Glocalization' as a state spatial strategy. Urban entrepreneurialism and the new politics of uneven development in western Europe. In: Peck, J./Yeung, H.W. (eds.) *Remaking*

- the Global Economy. Economic-Geographical Perspectives*. London: Sage.
- Brinkbäumer, K./Berg, S./Cziesche, D./Hardinghaus, B./et al. (2006) Die verlorene Welt. In: *Der Spiegel* 2006(14): 22–36.
- Bröckling, U. (2007) *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (2004) Einleitung. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hg.) *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bundesregierung – Presse und Informationsamt der Bundesregierung/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) (2007) *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - Neue Chancen*. Stand Juli 2007. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf> (01/06/08)
- BVFG (2007) *Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2007*; veröffentlicht im BGBl. I, S. 1902.
- Dahme, H. J./Wohlfahrt, N. (2009) Politische Steuerung in der Stadt. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hg.) *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Dangschat, J. (2007) Soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Raum und Segregation. In: Dangschat, J./Hamedinger, A. (Hg.) *Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen*. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Der Spiegel (1973) Die Türken kommen – rette sich, wer kann. In: *Der Spiegel* 1973(31): 24–34.
- Dohse, K. (1981) *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat: Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht; vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland*. Königstein/Ts: Hain.

- Dölemeyer, A./Rodatz, M. (2010) Diskurse und die Welt der Ameisen. Foucault mit Latour lesen (und umgekehrt). In: Feustel, R./Schochow, M. (Hg.) *Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse*. Bielefeld: transcript.
- DST– Deutscher Städtetag (Hg.) (1981) *Ausländische Mitbürger in unseren Städten. Fachkonferenz des Deutschen Städtetages am 21. und 22. Oktober 1980 in Bochum*. Stuttgart [u.a.]: Kohlhammer.
- Eckardt, F./Merkel, J. (2009) Ethnische Vielfalt als Ressource der Stadtentwicklung? Toleranz im städtischen Alltag - Berlin und Frankfurts Integrationspolitiken im Vergleich. In: Hannemann, C./Glasauer, H./Pohlan, J./Pott, A./et al. (Hg.) *Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Schwerpunkt: Stadtkultur und Kreativität*. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Eick, V. (2005) Neoliberaler Truppenaufmarsch? Nonprofits als Sicherheitsdienste in „benachteiligten“ Quartieren. In: Glasze, G./Pütz, R./Rolfes, M. (Hg.) *Diskurs – Stadt – Kriminalität: Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: transcript.
- Elwert, G. (2002) Unternehmerische Illegale. Ziele und Organisationen eines unterschätzten Typs illegaler Einwanderer. In: *IMIS-Beiträge, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück 2002(19)*: 7–20.
- Fahrn, J. (2006) Beispiel Berlin: *Wo die Einheimischen bald in der Minderheit sein werden*. Online publiziert bei: Welt Online, http://www.welt.de/politik/article700347/Beispiel_Berlin_Wo_die_Einheimischen_bald_in_der_Minderheit_sein_werden.html (02/08/08)
- Fainstein, S. (2005) Cities and diversity. In: *Urban affairs review* 41(1): 3.
- Fassmann, H. (2002) Zuwanderung und Segregation. In: Fassmann, H./Kohlbacher, J./Reeger, U. (Hg.) *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Klagenfurt: Drava.

- Ferguson (2009) The Uses of Neoliberalism. In: *Antipode* 41(S1): 166–184.
- Fischer, I. (2001) *Ethnische Ökonomie als Potenzial zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile?* Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Dortmund: Bundestransferstelle Soziale Stadt – Literaturdatenbank.
- Floeting, H. (2009) Selbstständigkeit von Migranten und informelle Netzwerke als Ressource für die Stadtentwicklung. In: Yildiz, E./Mattausch, B. (Hg.) *Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource*. Gütersloh [u.a.]: Bauverlag.
- Floeting, H./Reimann B./Schuleri-Hartje U.-K. (2005a) *DiFu – Aktuelle Informationen: Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Floeting, H./Reimann B./Schuleri-Hartje U.K. (2005b) *Expertise. Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmassstab*. Darmstadt; Berlin: Schader-Stiftung; Deutsches Institut für Urbanistik.
- Foucault, M. (1983) *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2001) *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975 – 76)*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2004a) *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978–1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2004b) *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Franz, F. (1976) ‚Überlastetes Siedlungsgebiet‘ Berlin?. In: *Juristische Rundschau* 1976(4 u. 5): 146–150 u. 188–191.
- Fyfe, N. (2005) Making Space for „Neo-communitarianism“? The Third Sector, State and Civil

- Society in the UK. In: *Antipode* 37(3): 536–557.
- Ganser, K. (1974) Regionalisierte Ausländerpolitik. Einführung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1974(2): 33–36.
- Gesemann, F./Roth, R. (2009) Kommunale Integrationspolitik in Deutschland – einleitende Bemerkungen. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hg.) *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gissendanner, S. (2011) Kommunale Integrationspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2011(7-8): 39–46.
- Gutiérrez Rodríguez, E. (2003) Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. In: Pieper, M./Gutiérrez Rodríguez, E. (Hg.) *Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt am Main: Campus.
- Ha, K. N. (2003) Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. In: Gutiérrez Rodríguez, E./Steyerl, H. (Hg.) *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster: UNRAST-Verlag.
- Haberfellner, R./Betz F./Böse R./Riegler J. (2000) *„Ethnic Business’. Integration vs. Segregation*. Wien: Zentrum für soziale Innovation.
- Habermann, F. (2008) Ist Armut ansteckend? Von der Biologisierung der neuen Unterschicht und von Angst als liberaler Regierungsform. In: Altenhain, C./Danilina, A./Hildebrandt, E./Kausch, S./et al. (Hg.) *Von „Neuer Unterschicht“ und Prekariat. Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch. Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten*. Bielefeld: transcript.
- Hailbronner, K./Renner G./Wiedemann M./Hailbronner-Renner (2005) *Staatsangehörigkeitsrecht*. München: Beck.
- Harvey, D. (1989) From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban gover-

- nance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler. Series B. Human Geography* 71(1): 3–17.
- Häußermann, H./Kapphan, A. (2008) Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: Bommes, M./Krüger-Potratz, M./Migration, R.F. (Hg.) *Migrationsreport 2008*. Frankfurt am Main: Campus.
- Häußermann, H./Läpple D./Siebel W. (2008) *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, H./Oswald, I. (1997) Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: Häußermann, H./Oswald, I. (Hg.) *Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan Sonderheft 17/1997*. Opladen [u.a.]: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, H./Siebel W. (2001) *Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration*. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. http://www.schader-stiftung.de/docs/haeussermann_siebel_gutachten.pdf (17/07/10)
- Heeg, S./Rosol, M. (2007) Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37(4): 491–510.
- Hess, S./Moser, J. (2008) Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte. In: Hess, S./Binder, J./Moser, J. (Hg.) *No integration?!: Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript.
- Jessop, B. (2002) Liberalism, neoliberalism, and urban governance: A state-theoretical perspective. In: *Antipode* 34(3): 452–472.
- Kaloianov (2009) *Multikulturalismus und Diversität. Replik auf Kenan Maliks „Ist der Multikulturalismus ein Rassismus?“*. Online publiziert bei: Eurozine, <http://www.eurozine.com/pdf/2009-02-20-kaloianov-de.pdf> (10/03/09)
- Kamleithner, C. (2009) „Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Drilling, M./Schnur, O. (Hg.) *Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und prakti-*

- sche Zugänge zu neuen Steuerungsformen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Karakayali, S. (2008) *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: transcript.
- Kessler, F./Krasmann, S. (2005) Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessler, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hg.) *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kilb, R. (2006) Integrationsmaschine Stadt – Analysen, Impulse und Strategien für Soziale Brennpunkte. In: Stiftung SPI (Hg.) *Dokumentation der E&C-Bilanzkonferenz des BMFSFJ in Leipzig am 25. und 26. September 2006*. Berlin: Stiftung SPI.
- Kocyba, H. (2004) Aktivierung. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hg.) *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kohlmann, E. (2011) Die Ökonomie lügt doch...und zur Hölle mit Goethe! Sarrazinscher (Post-) Rassismus in Zeiten neoliberaler Gouvernamentalität. In: Friedrich, S. (Hg.) *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen in der „Sarrazindebatte“*. Münster: edition assemblage.
- Krasmann, S. (2003) *Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernamentalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK Verl.-Ges.
- Krummacher, M. (1998) *Zuwanderung, Migration*. In: Häußermann, H. (Hg.) *Großstadt. Soziologische Stichworte*. Opladen: Leske+Budrich.
- Kunz, T. (2010) Von der (Multi-) Kultur zur (Super-) Vielfalt – der Milieuansatz als Erfolgsrezept. In: *Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit* 2010(1): 45–50.
- Lanz, S. (2007) *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*. Bielefeld: Transcript.
- Lanz, S. (2009a) Der lange Schatten der Kulturnation. Städtische Einwanderungspolitiken am Beispiel von Berlin. In: Bayer, N./Engl, A./Hess, S./Moser, J. (Hg.) *Crossing Munich. Beiträge zur*

- Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus*. München: Verlag Silke Schreiber.
- Lanz, S. (2009b) Powered by Quartiersmanagement: Füreinander Leben im „Problemkiez“. In: Drilling, M./Schnur, O. (Hg.) *Governance der Quartiersentwicklung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Leicht, I. (2009) *Multikulturalismus auf dem Prüfstand. Kultur, Identität und Differenz in modernen Einwanderungsgesellschaften*. Berlin: Metropol.
- Magistrat Frankfurt am Main – Magistrat der Stadt Frankfurt am Main; Dezernat XI – Integration (Hg.)(2009) http://vielfaltbewegtfrankfurt.org/sites/all/media/Integrationskonzept_PDF_Fassung.pdf (12/12/10)
- MBL./NRW (1975) Ausländerrecht. Regulierung des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer in überlastete Siedlungsgebiete. RdErl. d. Bundesinnenministers v. 16.6.1975 – IC3/43.28 (Anlage 1: Regulierung des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer in überlastete Siedlungsgebiete. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. IIc1 – 24200/10; Anlage 2: Aufzählung der Städte und Landkreise in den überlasteten Siedlungsgebieten. Stand: 1. April 1975). In: *Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen. Ausgabe A 28(77)*: 1178f.
- Münch, S. (2010) *Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Münch, S./Kirchhoff, G. (2009) ‚Soziale und ethnische Mischung‘ – Zur Persistenz eines wohnungspolitischen Leitbildes. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hg.) *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. VS Verlag.
- Osborne, T. (2001) Techniken und Subjekte: Von den „Governmentality Studies“ zu den „Studies of Governmentality“. In: *Demokratie. Selbst. Arbeit. Analysen Liberal-Demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault. Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst* 56(2–3): 12–16.

- Pagenstecher, C. (1994) *Ausländerpolitik und Immigrantenidentität. Zur Geschichte der „Gastarbeit“ in der Bundesrepublik*. Berlin: Bertz.
- Pütz, R. (2004) *Transkulturalität als Praxis. Unternehmer türkischer Herkunft in Berlin*. Bielefeld: transcript.
- Radtke, F.-O./Stošić, P. (2008) ‚Sozialraum‘ und ‚Netzwerke‘ – Semantiken kommunaler Integrationspolitik. In: Bommers, M./Krüger-Potratz, M. (Hg.) *Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven*. Frankfurt am Main: Campus.
- Reichwein, A. (2009) Kommunales Integrationsmanagement – Ansätze für eine strategische Steuerung der Integrationsarbeit. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hg.) *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Reimann, B./Schuleri-Hartje, U.-K. (2005) Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil. In: *Soziale Stadt info* 2005(17): 2–7.
- Rennefanz, S. (2009) *In der CDU ist ein Streit über den Sinn von Zuzugssperren für Ausländer ausgebrochen - Eine Mauer für Neukölln*. Online publiziert bei: Berliner Zeitung, <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/in-der-cdu-ist-ein-streit-ueber-den-sinn-von-zuzugssperren-fuer-auslaender-ausgebrochen-eine-mauer-fuer-neukoelln,10810590,10689464.html> (20/04/11)
- Rodatz, M./Scheuring, J. (2011) ‚Integration als Extremismusprävention‘. Rassistische Effekte der ‚wehrhaften Demokratie‘ bei der Konstruktion eines ‚islamischen Extremismus‘. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.) *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ronneberger, K./Tsianos, V. (2008) Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Hess, S./Binder, J./Moser, J. (Hg.) *No integration?!: Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript.
- Rose, N. (1996) The death of the social? Re-figuring the territory of government. In: *Economy and*

- Society* 25(3): 327–356.
- Rose, N. (2000) Governing cities, governing citizens. In: Isin, E. (ed.) *Democracy, Citizenship and the Global City*. London: Routledge.
- Rose, N./O'Malley, P./Valverde, M. (2006) Governmentality. In: *Annu. Rev. Law Soc. Sci.* 2: 83–104.
- Roth, R. (2009) Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hg.) *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Römhild, R. (2008) Aus der Perspektive der Migration: Die Kosmopolitisierung Europas. In: Hess, S./Binder, J./Moser, J. (Hg.) *No integration?!: Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript.
- Schader-Stiftung (2007) *Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“*. 2004–2007. <http://www.zuwanderer-in-der-stadt.de/674.php> (03/08/10)
- Schmidt-Fink, E. (2005) Integration trotz Segregation. „Segregation ist unvermeidbar“. In: *AiD Ausländer in Deutschland* 21(2): 14.
- Shooman, Y. (2011) Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von ‚Kultur‘ und ‚Religion‘ im antimuslimischen Rassismus. In: Friedrich, S. (Hg.) *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen in der „Sarrazindebatte“*. Münster: edition assemblage
- Selke, W. (1974) Regionale Prognosen der Ausländerwanderung in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten ihrer Steuerung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1974(2): 39–48.
- Swyngedouw, E. (1997) Neither global nor local: „glocalization“ and the politics of scale. In: Cox, K. (ed.) *Spaces of globalization: Reasserting the power of the local*. New York: Guilford Press.

- Valverde, M. (2003) Introduction. In: Valverde, M. (ed.) *Law's dream of a common knowledge*. Princeton, N.J./Oxford: Princeton University Press.
- Verbundpartner ZiS – Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“: Schader-Stiftung/Deutscher Städtetag/GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen/Deutsches Institut für Urbanistik (difu)/InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (Hg.) (2005) *Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik*. Darmstadt: Schader Stiftung.
- Wacquant, L. (2007) Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: *Das Argument* 49(271): 399–409.
- Wohlfahrt, N./Zühlke W. (2005) *Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Zur politischen Steuerung im Konzern Stadt*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Wollrad, E. (2008) White trash – das rassifizierte „Prekariat“ im postkolonialen Deutschland. In: Altenhain, C./Danilina, A./Hildebrandt, E./Kausch, S./et al. (Hg.) *Von „Neuer Unterschicht“ und Prekariat. Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch. Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten*. Bielefeld: transcript.
- Yildiz, E. (2008) Was heißt hier Parallelgesellschaft? Von der hegemonialen Normalität zu den Niederungen des Alltags. In: Hess, S./Binder, J./Moser, J. (Hg.) *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript.